

Stimme

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mittelddeutschland

erschienen an jedem Montag und mittwochs. Die Tages- und Sonntagsblätter in Halle und Leipzig. Halle 12.00, Leipzig 12.00. In den Pausenzeiten abgeholt bei 11.00 monatlich. Die abgehenden Fernzettelnummer-Zeile ist bis zum 1. Oktober 1922, im ausserordentlichen Falle bis zum 1. Oktober 1922, im ausserordentlichen Falle bis zum 1. Oktober 1922, im ausserordentlichen Falle bis zum 1. Oktober 1922.

Verlags- und Druckerei: Halle a. S., Stern-Druckerei 11 und Große Braubaustrasse 17. Fernsprecher-Sammler: Halle a. S. 1140 und 1142. Druck-Verlag: Halle a. S., Stern-Druckerei 11. Halle a. S., Stern-Druckerei 11. Halle a. S., Stern-Druckerei 11. Halle a. S., Stern-Druckerei 11.

Im Zeichen der Entspannung.

Verminderte Markbereitschaft / Das englische Kabinett über die Verbesserung der Lage / Räumung der neutralen Zone / Abgeordneter Dejer über Volkspolitik.

Waffenstillstand im Orient.

Die Nationalversammlung für Absetzung des Sultans. London, 3. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, wurde der Waffenstillstand zwischen Griechenland und der Türkei am Sonntag mittag beschlossen. Die Nationalversammlung von Angora hat Kemal Pascha ermächtigt, die Einstellung der Kampfhandlungen auf allen Fronten anzuordnen. Die Nationalversammlung von Angora hat die Absetzung des Sultans verlangt. Der Sultan hat schon die ersten Schritte getan, um die Staatsgewalt der Nationalversammlung zu übergeben. Er hat seinen Vertreter in London und Paris beauftragt, ihre Aufgabe die fernschlüssigen Vertreter in diesen Städten zu übergeben. Die Vertreter werden unter dem Vorwand von Seemannshandeln aufbrücken werden.

Wenn sich die Meldung von einem Waffenstillstand zwischen Kemal und Griechenland bestätigt, dann ist der Wirrwarr der Genesisse im Orient ein ganz klein wenig gelöst. Die weitestgehende Frage im Augenblick ist aber die, was die Konferenz von Mubania bringen wird, die über die internationale Streitfrage der „Freiheit der Meerengen“ und über Irregularien verhandeln sollen. An wichtigen Verhandlungen über die Konferenz ist zu verzichten; Gesehn abend nach der Sabnettsitzung in London ein Kommando in die Freie Richtung gehen worden, in dem die Lage im nahen Osten „als nicht so ernst, ja sogar bestimmt besser“ bezeichnet wird. Nach diesem Kommando wird die Konferenz in Mubania nicht am Dienstag stattfinden, wie die Berichte aus Paris behaupten, sondern erst Donnerstag. Das Kommando bespricht auch die Zukunft Brasens. Sie könne in keinem Falle auf der militärischen Konferenz in Mubania befristet werden, sondern nur auf der Friedenskonferenz in London. Nach den letzten Meldungen aus Konstantinopel besetzt die türkischen Truppen die Gegend unmittelbar um Tschamak geräumt. Die Truppen, die einige Kilometer weit von der anatolischen Front liehen, treffen aber noch keine Vorbereitungen zur Ausbruch. Kennzeichnende Verhandlungen sind dagegen in der Nähe von Jambid aufgetaucht. Wie der „Times“ in Paris be-

richtet, hat die türkische Nationalversammlung die Politik der Regierung hinsichtlich der Orientfrage bekräftigt und sie benom-mächtigt, Gelegenheiten zu der Vorbereitung in Mubania und weitere Abgeordnete zu der Friedenskonferenz zu entsenden.

Ein neuer Vorkitz Moskaus.

London, 3. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der englischen Regierung ist eine neue Note der Sowjetregierung zugegangen, die nochmals gegen die Schließung der Dardanellen für Handelschiffe protestiert. Die Forderung der Dardanellen sei von außerordentlicher Wichtigkeit für Russland. Ihre Schließung hindere die Durchfahrt amerikanischer und anderer Handelschiffe, die Waren nach Russland bringen.

Konstantins Abschied.

Wien, 2. Oktober. König Konstantin verließ am Sonntag mit seiner Familie mit Ausnahme des Prinzen Paul, der nunmehr Kronprinz ist, Gastein nach einem Vondelschiff, das die revolutionäre Regierung zur Verfügung gestellt hatte. Bevor er das Schloss Tatoi verließ, empfing er einen Vertreter der „Chicago Tribune“. Konstantin gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die revolutionäre Armee den Türken eine Niederlage beibringen müßte. Falls die Türken sich in Syrien niederziehen, würden sie eine lächerliche Besatzung Europas sein. Aber seine Bitte in der Richtung auf nicht aus, er erklärte nur, daß er sich zu nichts mit seiner Familie in eine italienische Stadt begeben werde. Beständig wolle er Gattin besuchen. Der Abschied von Tatoi, das er als Geschenk von seinem Vater bekommen hatte, fiel ihm außerordentlich schwer.

Wien, 3. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Jelmis hat seine Zustimmung für die Annahme der Ministerpräsidentenliste noch immer nicht gegeben. Die Ministerpräsidentenliste, die Admiral Graf von Balthasar mit der Bildung des Kabinetts betraut wurde, wenn Jelmis es endlich abgibt. Das revolutionäre Komitee hat Jelmis aufgefordert, das Vorkitz des Reichens anzunehmen.

Sowjet-Imperialismus.

Die Sowjetregierung hat Truppen nach Sibirien geschickt, um die „weiße“ Regierung im ostsibirischen Sibirien zu verjagen, sobald die Japsen abgezogen sind. Eine große Demonstration, unter Führung des Generals Kozlov, wird sich von Moskau nach Ljubez begeben, um dort, ähnlich wie mit Afghanistan ein Bündnis zu schließen. Der Ausbehnungsdrang des „roten“ Russlands scheint ebenso groß zu sein wie der des „imperialistischen“ Japans.

Auf nach Eberfeld.

Trennungsbewegung für Rhein und Reich.

Im nächsten Sonntag beginnt der diesjährige Parteitag der Demokraten in Eberfeld. Die Stadt, vor deren Toren die französischen Posten stehen, ist natürlich zum diesjährigen Parteitagsort erkoren worden, um der Bevölkerung des besetzten Gebietes schon äußerlich zum Ausdruck zu bringen, wie sehr ihr schweres Geschick von der demokratischen Partei mitempfunden wird. Deshalb müssen auch die Parteimitglieder der für viele Parteitagbesucher sehr weiten Reise mit in den Kauf genommen werden. Wer irgend wann, soll nach Eberfeld kommen und auch an der Trennungsbewegung für Rhein und Reich teilnehmen, die unmittelbar vor der Eröffnung des Parteitages stattfindet und dem Geist befeuert wird, der die Eberfelder Verhandlungen befruchtigen soll. Sowohl die Verhandlungen am Montag über die Probleme der ausserordentlichen Politik wie die am Dienstag über die Aufgaben der inneren Politik und der Wirtschaftspolitik werden Gelegenheit zur Betonung demokratischer Staatsauffassung und demokratischer Reichsidee in reicher Fülle bieten. Der Eberfelder Parteitag muß eine weithin wirkende Ausdehnung treuer Staatsgesinnung werden. Dieser hohen Aufgabe wird der Parteitag umso mehr gerecht werden können, da ihm glücklichweise fast aller Jähdrhoff zu kritischen inneren Auseinandersetzungen fehlt, so daß er einzig und geschlossen nach außen und innen auszureiten vermag.

Außenpolitisch gilt es unter den Parteimitgliedern keine Meinungsverschiedenheit über die Grundzüge der einzuhaltenen Politik. Man weiß allgemein, daß sie keine übersehenen Forderungen tragen kann, weil Deutschland besetzt, erzwungen und gebemigt von unverschämten Gegnern am Boden gehalten wird. Man ist auch überzeugt, daß weder der Ruf nach dem „starken Mann“ noch die Forderung vorbehaltloser Erfüllungspolitik Befriedigung bringen kann. Nur der jetzt ige gebahnte Mittelweg einer Erfüllungspolitik, bei der der Grützens des Volkes nicht in Frage gestellt werden darf, vermag aus dem Elend der Vorgezwungenheit herauszuführen. Natürlich kann bei dieser Grundbestimmung sehr wohl noch über tatsächliche Einzelfragen verschiedener Meinung sein. Aber, das wird die Aussprache am nächsten Montag über das Verhältnis Deutschlands zu den „Nord- und Westmächten“ nur beladen und befeuchten. Auch in der inneren Politik dürfte es in Eberfeld zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten kaum kommen. Dagegen wird es hier, wenn die eingelassenen Ansätze die Meinungen und Meinungen in den Parteigremien des Landes richtig wiedergeben, manche Auseinandersetzung über parteiatische Fragen geben. Vor allem ist die Frage der geplanten „Arbeitsgemeinschaft“ der verfassungsgerechten Mitte“ stark umstritten. Von dem einen begrüßt, wird die Arbeitsgemeinschaft von den anderen als eine Gefahr angesehen, die durch das Hinzuwirken der Deutschen Volkspartei leicht die demokratischen Parteigrundergründe verdrängen oder doch einen antijohannischen Bürgerklub heraufzuziehen könnte, der die durch den Krieg geschlossene Lücke zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft verhängnisvoll wieder aufreihen würde. Beide Befürchtungen scheinen nur aus Mißverständnissen über die Entscheidungsgewichte und das Wesen der neuen Arbeitsgemeinschaft erklärbar. Der Plan zu ihrer Gründung entstand in dem Augenblick, da die Mehrheitssozialdemokratie die Unabhängigen in die Regierungskoalition einbezogen, die Deutsche Volkspartei aber nicht hinzunehmen wollte. Dem wiederbrachten damals Zentrum und Demokraten; und die Sozialdemokraten verurteilten dann ihren parlamentarischen Einfluß weitgehend durch eine Arbeitsgemeinschaft mit den Unabhängigen. Inzwischen haben sich die beiden sozialistischen Parteien verschmolzen. Sie lehnen aufeinander immer noch eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei, die sie in Preußen längst eingegangen sind, ab. Damit ist aber parlamentarisch im Herbst genau die gleiche Lage geschaffen, die im Sommer schon da war: nur daß diesmal zur Ausgleichung des sozialistischen Mißverhältnisses Zentrum und Demokratie eine Verdrößerung der Regierungskoalition nach rechts wünschen und, da das am Widerspruch der sozialistischen Regierungspartei scheitern, weitgehend durch eine Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei ihren Einfluß im Reichstag verdrängen wollen. Was den Sozialdemokraten im Sommer recht war, muß den anderen Regierungsparteien im Herbst billig sein. Wer aus dieser seit parlamentarischen Zusammenfassung der Kräfte im Auseinanderfallen in einen sozialistischen und antijohannischen Block befürchtet, der sieht Gesperrter. Und wer gar eine Schädigung der demokratischen Parteidecke befürchtet, der vergißt, daß die Demokraten bereits viele Jahre in einer Koalition mit ihnen weisebeschriebenen Parteien zu arbeiten gezwungen waren, ohne bisher Schaden an ihrer Seele erlitten zu haben. Immerhin wird es gut sein, die Frage der Arbeitsgemeinschaft noch einmal in

Ausführungen bei Siemens.

Ausführung von 10.000 Arbeitern bei der A. E. G.

Vom Bureau der Firma Siemens & Halske in Siemensstadt bei Spandau wird folgendes mitgeteilt:

Am Montag drang ein Teil der Belegschaft des Werkes Werkes der Siemens & Halske in die Direktion ein, um die Befehle, trotzdem über die Angelegenheit bereits Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Verbänden laubeten, die Rücknahme der Entlassung eines Betriebsmitgliedes, das wegen unbilligen Verhaltens seiner Arbeit entlassen worden war. Durch die Verletzung der Betriebsordnung wurde das Ansehen der Werksleitung ernstlich erschüttert. Da durch diese Vorgänge eine ordnungsgemäße Fortführung des Betriebes unmöglich gemacht worden ist, hat sich die Direktion der Siemens & Halske A. G. gezwungen gesehen, das Werkes-Werk bis auf weiteres zu schließen und die Arbeiterlohn zu entlassen.

Es handelt sich insgesamt um etwa 10.000 Arbeiter, die von dieser vorläufigen Entlassung betroffen worden sind. Die beim Werkes-Werk gleichzeitig anwesenden etwa 4.000 Angestellten wurden bis zur Belegung des Vorzimmeres verurteilt.

Gleichzeitig ist in einem Teil der A. E. G. in Berlin eine Ausbreitung größerer Unruhen erfolgt. Die in der Anwartschaft in der Elektrizität beschäftigten Arbeiter verlangen nämlich von der Direktion eine Zulage, die in dem vor wenigen Tagen zwischen dem Verband Berliner Metallarbeiter und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossenen Tarifvertrag nicht enthalten ist. Als die Direktion die Zahlung ablehnte, traten die Arbeiter in passive Widerstand ein. Da sich aber der Betrieb ohne die Arbeiter nicht aufrechterhalten läßt, entließ die Direktion die gesamte Belegschaft in Stärke von etwa 10.000 Arbeitern.

Der Hindenburgtag.

Hannover, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der 75. Geburtstag des Generalleutnants wurde feierlich begangen. Eine große Menschenmenge hatte sich schon seit den frühen Morgenstunden vor dem Hause des Feldmarschalls angelagert, um dem Geburtstagsgast eine besondern Bewildigung darzubringen. Im Laufe des Vormittags erschienen noch zahlreiche Abordnungen von Vereinen aller Art. Gegenüber den Vertretern der hannoverschen Presse, die der Feldmarschall in seinem Arbeitszimmer empfing, erwiderte er auf die ihm dargebrachten Glückwünsche etwa folgendes: Deutschland kann nicht in Schimpf und Schande stehen. Auf die Güte unserer Vorfahren darf man allerdings nicht verzichten, sondern große Männer müssen wieder kommen und Taten vollbracht werden. Mit Weisensart ist aller Nation groß geworden. Vor allem müssen wir Männer haben, die die außenpolitischen Momente richtig auszuwerten verstehen. Neben seinen künftigen Aufschluß zu Bogen erzählte der

Generalleutnant mit freudiger Freude. Ich habe die Gemehr mitgenommen, das Bogen zum Reich führt, und die Behauptung, Bogen wolle von ihm abfallen, ist eine Vertuschung.

Die Judenberühmtheit im kommenden Winter.

Berlin, 2. Oktober. Der Reichsrat billigte eine bevorstehende Verordnung der Reichsregierung über den Verkehr mit Juden im Herbst 1922. Diese Verordnung führt auf einen Antrag Oberburg, welcher verlangte, daß aus der diesjährigen Ernte der Bevölkerung aus der Judenberühmtheit pro Kopf und Monat 2% Pfund Zucker und außerdem einmal 6 Pfund Stimmzettel zur Verfügung gestellt werden. Die Verordnung der Reichsregierung legt die auf den Kopf entfallende Menge nur auf vorläufig 2 Pfund fest, doch beharrt der Reichsrat auf 2% Pfund.

Schulfrage im Inlandsjude?

Kassel, 1. Oktober. Oberbürgermeister Scheidemann teilte in einer Veranlassung mit, daß er der Weimarer Regierung den Vorschlag unterbreitet habe, zur mitzuarbeiten Bekämpfung des Inlandsjudentums der Inlandsjude leicht zu färben, damit er nicht mehr als Auslandsjude zu phantastisch hohen Preisen der Bevölkerung aufgeschwindelt werden könne.

Eisenbahnwagen auf Reparationsrechnung.

Belgrad, 2. Oktober. Die Konferenzen zwischen dem sübslawischen Verkehrsministerium und den Delegierten des deutschen Industrieverbandes sind seitdem mit Erfolg beendet worden. Es wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß Deutschland für die ganze Summe, die Sübslawen aus dem Reparationsfonds der kommenden Jahre zuziehen, dem Verkehrsministerium normal und schmalpaurige Personen- und Frachtwagen liefert. Das Protokoll über diese Verständigung wird heute unterzeichnet werden.

Schiedsrichter für den Steinkohlenbergbau.

Berlin, 3. Oktober. Im Hinblick auf die Schlichterhandlungen für den Ruhrbergbau wurden Schiedsrichter für die übrigen Steinkohlenreviere ernannt. Diese sehen eine Erhöhung der Schichtlöhne vor, die im obersteilischen Bezirk 95 Proz., im schlesischen 93 Proz., im Aachener 92 Proz., im niederschlesischen 87 Proz., im hanzlischen Steinkohlenbergbau 90 Proz. und im bairischen Steinkohlenbergbau 80 Proz. der für das Ruhrgebiet vorgegebenen Erhöhung betragen.

